



**Resolution der Mitgliederversammlung
des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.**

Kohle ist keine Alternative für Atom!

Mainz / Wiesbaden, 17.03.2011: Infolge der japanischen Atomkatastrophe hat die Bundesregierung eine Änderung der Energiepolitik bezüglich der zivilen Nutzung der Atomenergie vorgenommen. Das wird dazu führen, dass Atomkraftwerke stillgelegt werden. Die Mitglieder des Bündnisses begrüßen dies als ersten richtigen Schritt. Wir fordern allerdings, dass stillgelegte Kernkraftwerke nie wieder ans Netz gehen und dass der Ausstieg aus der Kernenergie und der gleichzeitige Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien in Anbetracht der Realität gewordenen hohen Risiken der Nukleartechnik nunmehr forciert werden.

Keinesfalls darf diese Situation aber genutzt werden, um die Verwendung fossiler Brennstoffe und hier insbesondere von Kohle wieder massiv voranzutreiben. Kohle ist keine Alternative für Atom! Wir fordern die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) deshalb auf, sich öffentlich und deutlich von dieser Option zu distanzieren. Nach wie vor haben die KMW die Baugenehmigung in der Hand. Erneut verlangen die Mitglieder des Bündnisses von den KMW deshalb, die Baugenehmigung unverzüglich zurückzugeben und damit zu zeigen, dass sie die wohl begründeten Einwände der Menschen in unserer Region ernst nehmen. Das Bundesumweltamt hat heute festgestellt, dass die Versorgungssicherheit selbst nach Abschaltung von neun Atomkraftwerken nicht gefährdet sei, es besteht also kein echter Bedarf nach weiteren fossilen Grundlastkraftwerken. Dagegen wäre ein von der KMW errichtetes zusätzliches Mittellast-Gaskraftwerk eine hervorragende Unterstützung für den nun von allen Seiten geforderten zügigen Ausbau regenerativer Energien.

Die Mitglieder des Bündnisses erwarten zugleich von den in der Kommunal- und Landespolitik aktiven Politikern und Parteien auch in der neuen Situation ein klares Bekenntnis gegen das Kohlekraftwerk. Kandidaten und Parteien werden deshalb aufgefordert, sich hierzu noch vor der rheinland-pfälzischen Landtagswahl und den hessischen Kommunalwahlen zu äußern.

Wir fordern hiermit die Mainzer KandidatInnen für den Landtag, die Parteien, welche für die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung kandidieren, und die Bewerber/innen um das Ministerpräsidentenamt in Rheinland Pfalz auf, uns bis zum Mittwoch, 23.03.11, 24.00 h folgende Fragen schriftlich und verbindlich zu beantworten:

Fragen an die Landtagskandidatinnen/-Kandidaten in Mainz

1. Unterstützen Sie die Forderung des Bündnisses an die KMW, die Baugenehmigung für ein Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue unverzüglich zurückzugeben?
2. Unterstützen Sie die Forderung des Bündnisses, dass Kohle für die Energiegewinnung grundsätzlich keine Alternative zur Kernkraft sein darf?
3. Werden Sie bei einer Wahl in den rheinland-pfälzischen Landtag / bei einer Wahl zum Ministerpräsidenten /-in dafür Sorge tragen, dass in der Energiepolitik des Landes Rheinland-Pfalz Kohle als Energieträger keine Rolle mehr spielt?

Fragen an die für die Stadtverordnetenversammlung kandidierenden Parteien in Wiesbaden

1. Unterstützen Sie die Forderung des Bündnisses an die KMW, die Baugenehmigung für ein Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue unverzüglich zurückzugeben?
2. Unterstützen Sie die Forderung des Bündnisses, dass Kohle für die Energiegewinnung grundsätzlich keine Alternative zur Kernkraft sein darf?
3. Werden die Vertreterinnen/Vertreter Ihrer Partei in den Gremien der KMW dafür Sorge tragen, dass Kohle in der Unternehmensstrategie keine Bedeutung mehr hat?

Wir werden die bis zum genannten Datum bei uns eingehenden Antworten (bzw. auch das Verweigern einer Stellungnahme) auswerten und der Öffentlichkeit bekannt machen.

Mit freundlichen Grüßen,
der Bündnisvorstand

Marc Legg, B.I. Kohlefreies Mainz,
1. Vorsitzender

Dr. Tilli Reinhardt, Grüne Wiesbaden,
Schatzmeisterin

Andreas Kowol, Bürger aus Walluf

Carl Christian Müller, Mainz,
Rechtsanwalt

Fritz Kistenpfennig,
Mainzer Unternehmer

Dr. Meinrad v. Engelberg, B.I. KeKoWi Wiesbaden,
2. Vorsitzender

Jörg Jordan, Staatsminister a.D., SPD Wiesbaden

Simon Dietzen, CDU Mainz

Prof. Dr. Michael Pietsch,
Mainzer Ärzteinitiative gegen das Kohlekraftwerk